

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 7

Roland Freudenstein und Henning Tewes

In die Zukunft investieren

Strategie für einen Neubeginn in der deutsch-polnischen Partnerschaft

Sankt Augustin, Juni 2000

Redaktionelle Betreuung: Dr. Burkard Steppacher, Monika Schoettel

Inhalt

Zusammenfassung	3
1. Die wachsende Entfremdung	5
2. Das bisher Erreichte bewahren	8
3. Das deutsche Interesse an der strategischen Partnerschaft mit Polen	9
4. Die strategische Partnerschaft für die Zukunft	14
Politische Prioritäten	14
Vernetzung der Zivilgesellschaft: Ein Aktionsplan	15
Die Handlungsfehler: 10 Vorschläge	17
5. Vom Vertrauenskapital zum Zukunftskapital	23
Die Autoren	24

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Zusammenfassung

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben sich in den letzten zwei Jahren deutlich verschlechtert. Sie brauchen dringend einen neuen Impuls. Das unsensible Auftreten deutscher Politiker und die Anpassungsschwierigkeiten in Vorbereitung auf den EU-Beitritt, sowie eine Reihe vergangenheitsbezogener bilateraler Probleme, die keinesfalls nur von deutscher Seite zu verantworten sind, haben in Polen zu Enttäuschung und Ungeduld geführt. In Deutschland wiederum scheint man sich der Tragweite der EU-Osterweiterung erst jetzt bewusst zu werden, wobei allzu oft mehr über Bedenken als über Vorteile gesprochen wird. In dieser Atmosphäre verstellen die Schwierigkeiten der Tagespolitik den Blick auf die strategische Bedeutung der deutsch-polnischen Partnerschaft, die im ureigensten Interesse beider Länder liegt. Eine gemeinsame Zukunftsvision für das neue Jahrzehnt gibt es auf politischer Ebene nicht.

Die gegenwärtige deutsche Politik muss ihre Ideenlosigkeit gegenüber Polen zugunsten einer ambitionierten Zukunftsstrategie überwinden. Dies ist zuallererst eine Frage des politischen Willens. Deutschland und Polen können die Chancen der EU-Osterweiterung nur voll nutzen, wenn sie es verstehen, die Zukunftsaufgaben in Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam anzugehen. Dazu muss der deutsch-polnische Dialog mutig und mit Fantasie erweitert und erneuert werden. Es müssen für die neuen Themen zwischen Deutschland und Polen neue Köpfe gewonnen und neue Formen der Zusammenarbeit erschlossen werden.

Die Bundesregierung steht hier in einer besonderen Pflicht. Sie darf im deutsch-polnischen Verhältnis die beiderseitigen, langfristigen Interessen nicht aus den Augen verlieren. Wir fordern sie deshalb auf, die Partnerschaft unserer Länder politisch zu festigen und gesellschaftlich abzusichern. Hierfür muss sie eine innovative Strategie mit klar festgelegten Zielen entwickeln und im

Bundeskanzleramt einen Koordinator für die deutsch-polnische Partnerschaft benennen. Der Koordinator muss in einem straffen Zeitrahmen Leitziele entwickeln. Zur Überprüfung der Fortschritte muss er der Bundesregierung einen jährlichen Bericht vorlegen.

Deutschland kann das Vertrauenskapital nutzen, das es in den Jahren 1991-1998 gegenüber Polen aufgebaut hat. Dieses Vertrauenskapital schwindet aber, wenn es nicht durch zukunftsgerichtete Projekte untermauert wird. Deutschland muss in Zukunftspotenziale investieren und gemeinsam mit Polen die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Nach der Entfremdung der letzten zwei Jahre ist der Handlungsbedarf groß. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren.

1. Die wachsende Entfremdung

Noch vor ein paar Jahren scherzten deutsche und polnische Politiker öffentlich darüber, dass man keine Gesprächsthemen habe, weil das deutsch-polnische Verhältnis so gut sei. Aus verschiedenen Gründen hat sich das Verhältnis seit dem Frühjahr 1998 jedoch merklich abgekühlt. Die Gründe für die Entfremdung sind vielfältig, können aber auf eine strukturelle Asymmetrie in den deutsch-polnischen Beziehungen zurückgeführt werden: In Polen existiert nach wie vor ein auf historischen Erfahrungen beruhendes latentes Misstrauen gegenüber Deutschland, in Deutschland ein oft auf Unwissen beruhender Mangel an Interesse gegenüber Polen. Das mangelnde polnische Vertrauen und das mangelnde deutsche Interesse verstärken sich gegenseitig.

Die Debatte über Deutschland und Europa spielt in der polnischen Innenpolitik auch deshalb eine besondere Rolle, weil sie immer wieder zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen wird. Die parteipolitische Instrumentalisierung der Beziehungen ist für alle diejenigen schwer zu akzeptieren, die sich für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen einsetzen. Gleichzeitig muss man sich in Deutschland aber bewusst sein, dass die in Polen oft übertrieben artikulierten Ängste historische Wurzeln haben, die nicht übertrieben sind, weil sie auf Jahrhunderte deutscher imperialer Politik, auf Krieg und Besatzung zurückgehen.

In der jüngsten polnischen Enttäuschung über das Verhältnis zu Deutschland kann also zwischen historischen Ursachen und eher aktuellen Anlässen unterschieden werden. Vor allem die folgenden Anlässe führten zur Entfremdung in Polen:

- Die Bundestagsresolution vom 28. Mai 1998, in der der Deutsche Bundestag seine Hoffnung zum Ausdruck brachte, dass die EU-Osterweiterung „die Lösung noch offener, bilateraler Fragen“ zwischen Deutschland und Polen erleichtern werde. Dies wurde in Polen durch den Kontext der

Veröffentlichung als Aufforderung nach Rückgabe oder Entschädigung von früherem Eigentum der deutschen Vertriebenen aufgefasst. Vor allem aber wurde es in Polen als illegitimes Junktim gewertet, welches das zentrale Ziel der polnischen Außenpolitik angriff. Der polnische Sejm erwiderte in einer Gegenresolution, dass er eine Infragestellung „der territorialen Ordnung in Ostmitteleuropa“ nicht dulden würde. Jener Kontext der Bundestagsresolution bestand auch in einer Reihe von Presseinterviews der Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, die mit ungewöhnlicher rhetorischer Schärfe eine moralische Wiedergutmachung für die Vertriebenen forderte und von der Bundesregierung verlangte, ihre Unterstützung für den polnischen EU-Beitritt von dieser Wiedergutmachung abhängig zu machen.

- Unsensible Äußerungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder in den ersten Monaten nach der Bundestagswahl 1998, die in Polen als skeptisch gegenüber der EU-Osterweiterung aufgefasst wurden - in diesem Zusammenhang konstatierte einer der führenden Deutschlandkenner Polens: „Deutschland wendet sich von Polen ab“.
- Der Streit um die Zukunft der nach dem Krieg auf polnischen Boden verbliebenen Kulturgüter, der von vereinzelt deutschen Politikern sogar mit der Frage des polnischen EU-Beitritts verknüpft wurde.
- Die Verhandlungen über die Entschädigungen der ehemaligen Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Deutschlands, in denen sich Polen gegenüber den westlichen Naziopfern schlechter behandelt und durch Deutschland, wie auch durch die USA, benachteiligt fühlte.

Experten sind sich mittlerweile darin einig, dass das deutsch-polnische Tandem ins Straucheln gekommen ist. Dies ist vor allem eine Konsequenz aus der angeführten Anhäufung von Schwierigkeiten im bilateralen Verhältnis. Hierbei liegt die Verantwortung durchaus nicht immer auf deutscher Seite. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die Konzeptionslosigkeit der Regierung Schröder gegenüber Polen immer deutlicher zu Tage tritt. Dies wurde während des Regierungstreffens in Gnesen Ende April 2000 besonders deutlich: Nur zwei deutsche Kabinettsmitglieder kamen mit dem Bundeskanzler; die Millenniumsfeier

zur Erinnerung an das Treffen Ottos III. und Boleslaw des Tapferen gingen an vielen Polen und den meisten Deutschen vollkommen vorbei. Statt Zukunftskapital aufzubauen und konkrete Schritte der Zusammenarbeit zu forcieren, verstiegen sich die beiden Regierungen in eine rein rituelle Feier, von der keinerlei Impulse für die deutsch-polnischen Beziehungen ausgingen: Das ist symptomatisch für den Zustand der Beziehungen.

So konstatierte die der Bundesregierung gewiss nicht ferne Berliner *tageszeitung* kürzlich: „Bis 1998 hatte Kanzler Kohl in historischer Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg die Rolle des ‚Anwalts Polens‘ bei NATO und EU übernommen, und Polen nahm diese Unterstützung nach anfänglichem Zögern an. Heute jedoch steht das Land sprachlos vor der neuen ‚Realpolitik‘ Gerhard Schröders, der Kohls Erbe nicht antreten will.“

Zu beachten ist hierbei die Verknüpfung, die in Polen zwischen der Debatte über Deutschland und der Debatte über den polnischen EU-Beitritt stattfindet. Denn die Öffnung gegenüber der EU ist in Polen zuallererst eine Öffnung gegenüber Deutschland – wirtschaftlich, politisch, und eben auch psychologisch. Knistert es im deutsch-polnischen Verhältnis, wächst auch das Misstrauen gegen die EU. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf, wenn die deutsch-polnischen Beziehungen sich nicht – zu beiderseitigem Schaden - weiter verschlechtern sollen.

Die Einsicht, dass dieser Handlungsbedarf besteht, ist für Deutschland hierbei der erste Schritt zur Besserung der Situation. Die weiteren Schritte sind das Bewusstsein über das bisher Erreichte, wie auch über den Bedarf an neuen Inhalten und Formen der Zusammenarbeit, die über das deutsch-polnische Standardrepertoire der letzten 10 Jahre hinausgehen. Weiter müssen die deutschen Interessen an der Partnerschaft mit Polen klar definiert und artikuliert werden, weil dies beim Formulieren außenpolitischer Ziele hilft und im Partnerland Polen Vertrauen schafft. Schließlich bedarf es eines umfassenden

Aktionsplanes für die deutsch-polnische Partnerschaft, der in einem ehrgeizigen Zeitrahmen klar definierte und vor allem auch überprüfbare Ziele setzt.

2. Das bisher Erreichte bewahren

Das Jahrzehnt nach der Wende von 1989/90 war für die deutsch-polnische Partnerschaft eine Zeit historischer Weichenstellungen. Die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze im Dezember 1990, der Nachbarschaftsvertrag vom Juni 1991 und die auf politischer Ebene eingeleitete Aussöhnung schafften für Deutschland dringend notwendiges Vertrauenskapital und veränderten das psychologische Klima, das in Polen gegenüber Deutschland herrscht. (Erinnert sei hier besonders an die Rede von Bundespräsident Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994). In diesem neuen Klima konnten sich unzählige Kontakte zwischen den beiden Gesellschaften entfalten, wie die rapide gestiegene Zahl der Städte- und Schulpartnerschaften und die Zahl der Teilnehmer an Jugendaustauschprogrammen belegt. Auch in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung in Polen setzte sich langsam ein Bild von Deutschland durch, das in erster Linie von Gegenwart und Zukunft geprägt ist.

Besonders positiv für Deutschland aber schlug sich – gerade auf politischer Ebene – die couragierte Art und Weise nieder, in der die Regierung Kohl die Osterweiterung von EU und NATO vertrat. Deutschland war das westliche Nachbarland, das Polen in seinem zentralen außenpolitischen Anliegen am wirkungsvollsten unterstützte. Dass die Westintegration Polens vor allem auch im deutschen Interesse lag, war hierbei offensichtlich: Denn nur durch ein stabiles, prosperierendes Polen können Stabilität und Wohlstand auch in Deutschland langfristig gesichert werden.

Politiker wie Helmut Kohl, Rita Süssmuth, Friedbert Pflüger und Volker Rühle unterstrichen immer wieder die historisch-moralische Verantwortung Deutschlands gegenüber Polen, ebenso wie die Dankbarkeit, zu der Deutschland Po-

len im Zusammenhang mit der von der Solidarnosc eingeleiteten Wende in Europa verpflichtet ist. Die großen Leistungen dieser Politiker haben ein bleibendes Fundament für die deutsch-polnische Partnerschaft aufgebaut.

Gleichzeitig aber reicht dieses Fundament für die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft nicht aus. Es wäre fatal, in den deutsch-polnischen Beziehung eine „Normalität“ anzunehmen, die zwischen diesen beiden Völkern so bald nicht existieren kann. Die guten Beziehungen zu Polen sind kein Selbstläufer, der wie auf Schienen einer glücklichen Zukunft entgegenläuft. Um die guten deutsch-polnischen Beziehungen langfristig zu sichern, müssen sie als Daueraufgabe begriffen werden, die der ständigen Pflege und Aufmerksamkeit bedürfen. Dazu gehört aber auch, das deutsche Interesse an ihnen in Deutschland selbst ständig zu betonen.

3. Das deutsche Interesse an der strategischen Partnerschaft mit Polen

Die guten Beziehungen zu Polen liegen im deutschen Interesse, weil sie langfristig wirtschaftlichen Wohlstand, Sicherheit und Stabilität auch für Deutschland sichern. Dieses essenzielle Interesse an der strategischen Partnerschaft mit Polen gegenüber der Bevölkerung zu artikulieren ist vor allem dann Aufgabe der Politik, wenn wichtige Aspekte dieser Partnerschaft wie der polnische EU-Beitritt bei vielen Ängste und Widerstände hervorrufen, die das deutsch-polnische Verhältnis auf die Probe stellen.

Es gibt in der öffentlichen Debatte in Deutschland ein Missverhältnis zwischen den Befürchtungen bestimmter Bevölkerungsgruppen, die sich auf die Sorge vor Einkommensverlusten oder anderen konkreten Nachteilen stützen, und der politischen Argumentation der Befürworter der EU-Erweiterung, die sich oft auf historische, politische und moralische Überlegungen berufen. Um diesem Missverhältnis entgegenzutreten, sollten

- die vorhandenen Ängste klar angesprochen werden. Dies erfordert den Abbau unbegründeter Ängste ebenso wie die Identifizierung berechtigter Sorgen (und die Erarbeitung konstruktiver Lösungen).
- die zu erwartenden Gewinne und Vorteile der EU-Osterweiterung gerade für Deutschland genannt werden.
- deutsche Politiker der Bevölkerung vermitteln, dass die kurzfristigen Anpassungskosten den Blick auf den mittel- und langfristigen Nutzen des gemeinsamen Projektes nicht verstellen dürfen.

Auch gegenüber Polen müssen die beiderseitigen Interessen an der Osterweiterung immer wieder aufgeführt werden, gerade in wirtschaftlicher Sicht. Denn in Polen macht sich besonders wegen der steigenden Direktinvestitionen deutscher Firmen die Angst vor einem „Ausverkauf“ polnischer Unternehmen breit. Weiterhin nährt das große polnische Außenhandelsdefizit, das gegenüber Deutschland besonders ausgeprägt ist, die Sorge, dass Deutschland vom Handel mit Polen überproportional profitiert. Daher müssen deutsche Politiker betonen, dass es sich bei der EU-Osterweiterung um ein gemeinsames Projekt handelt, von dem beide Seiten profitieren. Es gibt zwischen Deutschland und Polen kein Nullsummenspiel. Das bedeutet dass beide Länder den größten Nutzen aus der Osterweiterung ziehen, obwohl sie gleichzeitig auch die größten Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Am Ende der wirtschaftlichen Integration Polens in die EU stehen mehr Sicherheit, Wohlstand und Lebensqualität für die Menschen in Deutschland und Polen.

Die strategische Partnerschaft mit Polen ist für Deutschland aus folgenden Gründen besonders wichtig:

Politische Interessen

- Mit dem Partner Polen privilegierte bilaterale Beziehungen auszubauen heißt, die Steuerung multilateraler Foren wie EU und NATO zu verbessern (wie mit Frankreich im Westen). Dies betrifft vor allem die gemeinsame Entwicklung europa- und sicherheitspolitischer Konzeptionen.
- Polen kann als Stabilitätsanker in Mitteleuropa wirken; mit dem NATO-Partner Polen sollte die westliche Politik gegenüber Russland, Belarus und der Ukraine weiterentwickelt werden.
- Im Bereich Innere Sicherheit ist die Zusammenarbeit mit Polen für Deutschland von besonderer Bedeutung. Nur in enger Abstimmung können die mit der Öffnung der Grenze einhergehenden Gefahren der illegalen Einwanderung und des organisierten Verbrechens wirksam bekämpft werden.

Wirtschaftliche Interessen

- Absatzmarkt Polen: Beim Wirtschaftswachstum ist Polen Spitzenreiter in der Region. Für 2000 werden 5% Wachstum vorausgesagt, für 2001 ist eine Steigerung auf 6% möglich. Der deutsche Handel mit Polen ist seit 1995 um 70% gestiegen, der deutsche Export nach Polen hat sich im gleichen Zeitraum fast verdoppelt. Polen ist der größte Handelspartner Deutschlands in der Region und ist auf Platz 10 im weltweiten deutschen Export gerückt.¹ Was in Deutschland bisher kaum bekannt ist: Polen hat gegenüber der EU auch auf landwirtschaftlichem Gebiet ein Handelsbilanzdefizit: seit 1993 um durchschnittlich ca. 400 mio Euro, und das trotz einiger in den letzten Jahren wieder erhobener Importzölle.²

1 Europa 2000 plus, DIHT-Positionspapier zur Regierungskonferenz 2000 und zur Erweiterung der Europäischen Union, April 2000, S. 29.

2 Europäische Kommission, DG VI: Agricultural Situation and Prospects in the Central European Countries, Summary Report, Brüssel 1998, S. 18.

- Wohlstandsgewinne: Polen hat 1998 als eines der ersten Länder Ostmitteleuropas sein BIP-pro-Kopf -Einkommen von 1989 wieder erreicht. Nicht zuletzt wegen seiner Größe zieht es die meisten ausländischen Direktinvestitionen in der Region an. Durch den EU-Beitritt kann es sein BIP um weitere 5-7% erhöhen. Gleichzeitig hat auch Deutschland die Möglichkeit, durch höhere Investitionen und intensiveren Wettbewerb im Zuge der EU-Osterweiterung sein BIP auf bis zu 1% zu steigern.³
- Umverteilung: Die Angst vor untragbaren Kosten der Osterweiterung ist nicht begründet. Der Wohlfahrtsgewinn in der EU wird die Finanztransfers nach Polen und in andere Beitrittskandidaten übertreffen. Die Modernisierung der Infrastruktur in Polen (Verkehrssysteme, Telekommunikation) ist eine wichtige Voraussetzung für das weitere dynamische Wachstum der polnischen Wirtschaft und des deutsch-polnischen Handels. Die Strukturfonds und Hilfen für die Landwirtschaft sind ein wichtiges Instrument für eine Beschäftigungspolitik, die in denjenigen polnischen Regionen Arbeitsplätze schafft, wo sie am meisten nötig sind (und daher den Migrationsdruck verringert). Die Kosten der Teilnahme Polens an der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sind auch bisher weit überschätzt worden: Weniger als die Hälfte der auf 27 % der Gesamtbevölkerung Polens geschätzten „Landwirte“ beziehen ihr Einkommen ganz oder überwiegend aus landwirtschaftlicher Tätigkeit, nämlich 11,3 %. Nach aktuellen polnischen Berechnungen würden die Kosten einer Ausweitung der GAP auf Polen 3 bis 3,5 Milliarden Euro betragen.
- Arbeitsplätze: In Deutschland hängen mittlerweile nach Schätzungen mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze maßgeblich vom Handel mit Polen ab. Gleichzeitig sind durch die deutschen Direktinvestitionen in Polen Arbeitsplätze entstanden. Die Anfang der 90er Jahre befürchtete Abwanderung von Arbeitsplätzen ist nicht eingetreten, denn die Auslagerung bestimmter Arbeitsvorgänge im verarbeitenden Gewerbe sichert langfristig

3 Wolfgang Quaisser/Monika Hartmann/Elmar Hönekopp/Michael Brandmeier, Die Osterweiterung der Europäischen Union: Konsequenzen für Wohlstand und Beschäftigung in Europa, Friedrich-Ebert-Stiftung 2000, <http://www.fes.de>

die Wettbewerbsfähigkeit der Mutterunternehmen in Deutschland. Darüber hinaus verfügt Deutschland durch seinen starken Export über einen Nettogewinn an Arbeitsplätzen, der sich für alle 12 Beitrittsstaaten auf schätzungsweise 66.000 beläuft.

- Migration von Arbeitskräften: Wirtschaftswissenschaftler sind sich mittlerweile darin einig, dass die Migration von Arbeitskräften von Polen nach Deutschland im Zuge der Osterweiterung allenfalls kurzfristig und nur in bestimmten Branchen, z.B. im Bausektor, sowie in bestimmten Regionen, z.B. im grenznahen Bereich der neuen Bundesländer, anzunehmen ist. Eine breite Welle von polnischen Arbeitskräften ist, vor allem wegen sprachlicher und kultureller Barrieren, und wegen der gegenüber 1989/90 bereits stark reduzierten Einkommensunterschiede unwahrscheinlich. Das pauschale Hantieren seitens einiger deutscher Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre mit Zahlen von etwa 680.000 Arbeitnehmern jährlich aus den Beitrittsländern ist daher vollkommen unverantwortlich. Außerdem verhindern Zuzugsbegrenzungen nicht ohne Weiteres Arbeitslosigkeit: Anhand der Entwicklung in den Neunziger Jahren kann nachgewiesen werden, dass die Restriktionen der Arbeitsämter gegen legale Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern, z.B. im Bausektor Berlin-Brandenburg, keineswegs zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit führten.⁴ Das Problem scheint eher die illegale Beschäftigung zu sein, die viel mehr mit den Lohn- und Lohnnebenkosten, also der Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes, zu tun hat, nicht mit der Frage der Zuwanderung.
- new economy: Sowohl Deutschland als auch Polen befinden sich im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Dieser Umbruch vollzieht sich in Polen noch schneller als in Deutschland. Er bietet Millionen von Menschen die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu erweitern, neue Berufe zu erlernen und neue Unternehmen zu gründen. Der Übergang zur Wissensgesellschaft wird neue Potenziale freisetzen – innerhalb

⁴ Information des Arbeitsamtes Berlin Brandenburg vom 3.3.1999.

der Gesellschaften, wie auch zwischen Deutschland und Polen. Diese neuen Potenziale werden gegenwärtig noch nicht einmal ansatzweise öffentlich diskutiert, denn die bisher veröffentlichten Studien über die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Deutschland und Polen haben sich vor allem auf den Agrarsektor und die industrielle Produktion konzentriert. Doch gerade im Dienstleistungssektor und in der new economy bestehen neue Möglichkeiten. Schon zum Termin des polnischen EU-Beitritts werden die Chancen der new economy die wirtschaftliche Dynamik zwischen den beiden Ländern beeinflussen. Diese Chancen müssen jetzt schon erkannt und ergriffen werden.

4. Die strategische Partnerschaft für die Zukunft

Nicht Größe eines Landes und die Zahl seiner Bevölkerung entscheiden heute über seine Fähigkeit, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Viel wichtiger sind Kreativität und Anpassungsfähigkeit. Deutschland und Polen müssen daher im beiderseitigen Interesse Kreativität freisetzen und ihre geistigen Potenziale nutzen. Sie müssen in ihren Beziehungen eine zukunftsgerichtete Motivation aufbauen, die die entscheidenden gesellschaftlichen Akteure miteinander vernetzt und dadurch die beiden Gesellschaften auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Genauso wie die Vergangenheit Deutschland und Polen oft getrennt hat, muss die Zukunft sie verbinden.

Politische Prioritäten

Der britische Politikwissenschaftler William E. Paterson hat für die besonderen Beziehungen Deutschlands zu bestimmten westeuropäischen Partnerländern (Frankreich, Niederlande) die folgenden drei Prinzipien identifiziert.

1. Die Partnerschaft wird von beiden Ländern als absoluter Wert anerkannt.
2. Unstimmigkeiten sind selbstverständlicher Teil jeder Partnerschaft, können aber durch intensive Kommunikation und einen sorgsamem Interessenausgleich im Sinne der Partnerschaft gelöst werden.
3. Die Partner nehmen sich gemeinsame Projekte vor, die im beiderseitigen Interesse liegen und die Partnerschaft gleichzeitig verstärken.

Die Übertragung dieser Prinzipien auf Polen ist eine wichtige politische Notwendigkeit. Denn wenn die Herausbildung fester, übergeordneter Bezugspunkte in den deutsch-polnischen Beziehungen nicht gelingt, wird sich der Dissens in sektoralen und spezifischen Fragen immer wieder negativ auf die Beziehungen auswirken. Wenn der grundsätzliche Wille zur Interessengemeinschaft fehlt, werden sich die Partner schnell auseinanderdividieren lassen.

Vernetzung der Zivilgesellschaft: Ein Aktionsplan

Um die deutsch-polnische Partnerschaft grundlegend zu erneuern und auf die Zukunft vorzubereiten reichen politische Initiativen nicht aus. Die politische Partnerschaft muss vor allem gesellschaftlich abgesichert werden. Wir brauchen für die kommenden Jahre daher einen Aktionsplan, der folgende Kriterien erfüllt:

1. Strategische Ziele festlegen

Nach einer Analyse der gegenwärtigen Defizite und zukünftigen Chancen der deutsch-polnischen Beziehungen müssen neue strategische Ziele festgelegt werden. Dies betrifft besonders die inhaltliche Ausgestaltung, die bevorzugten Zielgruppen und die Formen des Dialogs.

2. Reformdruck erhöhen

Innerhalb dieser Prioritäten müssen Ziele genannt werden, die schon kurz- und mittelfristig realisierbar sind. Dies erhöht den Druck auf die beteiligten

Akteure und wird zu einer neuen Dynamik in den deutsch-polnischen Beziehungen führen.

3. Dezentral umsetzen

Statt zentraler (staatlicher) Umsetzung sollte der Aktionsplan sich an die verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen wenden und ihre Mitarbeit fördern. Statt staatlicher Finanzierung müssen auch Stiftungen und Privatunternehmen zur Finanzierung gewonnen werden. Diese offene und subsidiäre Umsetzung kann als Methode effektiv sein; sie hilft aber auch beim Erschließen neuer Zielgruppen und neuer Formen des Dialogs.

4. Koordinator benennen

Um die neue dezentrale Umsetzung wirksam zu leiten, sollte die Bundesregierung einen Koordinator für die deutsch-polnische Partnerschaft benennen. Der Koordinator muss im Bundeskanzleramt tätig sein, weil er nur durch dessen Querschnittfunktion entlang den verschiedenen Ressorts seine Funktion wahrnehmen kann. Er muss

- die Formulierung der strategischen Ziele für die deutsch-polnische Partnerschaft einleiten
- den gesellschaftlichen und politischen Akteuren Leistungsziele vorgeben
- die Umsetzung der strategischen Ziele effektiv überwachen

Besondere Aufgabe des Koordinators muss die Vorlage eines jährlichen Fortschrittsberichtes an die Bundesregierung sein, in dem die Fortschritte beim Erreichen der strategischen Ziele und die Konsequenzen für weitere Handlungsfelder aufgezeigt werden.

Die Handlungsfelder: 10 Vorschläge

➤ **europapolitische Gemeinsamkeiten erarbeiten**

Obwohl Polen schon in wenigen Jahren EU-Mitglied sein wird, hat im deutsch-polnischen Verhältnis noch keine Aussprache über die zukünftige Gestalt der EU und die Finalität der europäischen Integration stattgefunden. Gerade bei der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der institutionellen Weiterentwicklung der EU besteht Gesprächsbedarf. Deutschland kann seine integrationspolitischen Ziele ohne Partner nicht erreichen (traditionell Frankreich) und muss daher im Zuge der Osterweiterung an seinen europapolitischen Gemeinsamkeiten mit Polen arbeiten.

Wir empfehlen einen halbjährlichen Gesprächskreis der Politiker und Experten aus beiden Ländern, veranstaltet durch einen unabhängigen *think tank*. Die politischen Stiftungen können – für die ihnen nahestehenden Parteien und deren polnische Partner – Ähnliches tun.

➤ **Wirtschaftspolitisches bench-marking**

Während die Deutschen noch zu Beginn der 90er Jahre die Soziale Marktwirtschaft in Polen als ein Modell verkauften, das man ohne weiteres aus Deutschland übernehmen könne, haben sich die Zeiten nun geändert. Zum einen ist in Deutschland selbst eine Debatte darüber entbrannt, was die Soziale Marktwirtschaft in den Zeiten der Globalisierung eigentlich ist. Zum anderen haben die wirtschaftlichen Erfolge Polens mit einem eigenen, marktliberalen Modell die relativen Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Transformation der neuen Bundesländer deutlich zu Tage treten lassen.

Gerade wirtschaftspolitische Themen versprechen im deutsch-polnischen Kontext besonders fruchtbar zu sein. Dies betrifft vor allem die Reform der sozialen Sicherungssysteme, bei dem in Polen in den letzten Jahren mutige Schritte eingeleitet wurden, während in Deutschland der politische Wille zur Reform fehlte. Hier können die beiden Länder voneinander lernen. Wir emp-

fehlen einen Gesprächskreis von Wirtschaftspolitikern, -wissenschaftlern und –journalisten, koordiniert von einem wirtschaftswissenschaftlichem Institut wie dem ifo-Institut München oder dem Kieler Institut für Weltwirtschaft (KIW).

➤ **Priorität Innere Sicherheit**

Ebenso wie Polen in den letzten Jahren das frühere Schimpfwort von der „polnischen Wirtschaft“ durch eigene Leistungen in sein Gegenteil verkehrt hat, muss es in den nächsten Jahren alles tun, um dem Stereotyp der aus Polen stammenden Kriminalität den Boden zu entziehen. Auch von deutscher Seite muss der Dialog zum Thema Innere Sicherheit allein schon deshalb verstärkt werden, weil er im öffentlichen Bewusstsein eng mit der EU-Osterweiterung verknüpft ist. Deutsche Politiker wären hierbei allerdings gut beraten, das Thema Innere Sicherheit nicht nur auf die Kontrolle der polnischen Ostgrenze zu versteifen. Entscheidend sind vor allem die Weiterbildung und materielle Ausstattung der polnischen Polizei landesweit.

Wir empfehlen einen Gesprächskreis zwischen Politikern, Journalisten und Experten, der bei den jeweiligen Innenministerien zentriert werden könnte.

➤ **Gemeinsame Ausschusssitzungen**

Traditionelle Instrumente der parlamentarischen Zusammenarbeit wie die deutsch-polnischen Parlamentariergruppe haben sich nicht bewährt. Die Gruppe ist zu groß und zu wenig flexibel, als dass sie enge persönliche Kontakte ermöglichen würde. Während der Resolutionenkrise im Frühsommer 1998 gelang es ihr nicht, Missverständnisse zu vermeiden.

Zur politischen Verständigung und Vernetzung empfehlen wir deshalb gemischte Ausschusssitzungen zwischen Sejm und Bundestag. Dies wäre gerade in den Bereichen Europa, Wirtschaft und Innere Sicherheit besonders wertvoll.

➤ **Elitevernetzung**

Auch wenn die Einrichtung eines echten Pendant zur renommierten deutsch-britischen Königswinter-Konferenz ein allzu ambitioniertes Ziel wäre, sind bei der Elitevernetzung zwischen den beiden Ländern deutliche Fortschritte nötig. Die nahezu vollkommene Ausrichtung der jungen Warschauer Elite auf Großbritannien und die Vereinigten Staaten ist hierbei nur eine Sorge. Zu lange waren die bilateralen Gesprächsforen von der älteren Generation dominiert, die sich in den 1960er und 1970er Jahren um die Aussöhnung sehr verdient gemacht hat, neue Ideen für das deutsch-polnische Verhältnis aber nicht entwickeln.

Wir schlagen ein kleineres, bescheideneres Pendant zu Königswinter vor, das sich vom Vorbild des deutsch-polnischen Forums löst. Es muss sich an die Generation der 40-jährigen und Jüngeren wenden. Auch wenn die Betreuung durch die jeweiligen Außenministerien hierbei politisch unverzichtbar bleibt, sollten Organisation und Umsetzung abgegeben werden. Ob außenpolitische Forschungsinstitute der ideale Organisator sind, steht hierbei zur Debatte.

➤ **Institut für Deutschlandstudien**

Obwohl das Interesse an Deutschland in Polen groß ist, fehlt es in der polnischen Öffentlichkeit an Stimmen, die sich informiert zu Deutschland äußern. Dies liegt vor allem daran, dass die wissenschaftlichen Experten sich an der öffentlichen Debatte nicht beteiligen.

Auf dem Hintergrund des großen Erfolges des Instituts für Deutschlandstudien in Birmingham/GB schlagen wir ein Pendant in Polen vor: Seine Hauptaufgabe müssten die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die stärkere Verankerung deutschlandpolitischer Expertise in der öffentlichen Debatte Polens sein.

➤ **Stipendien-Initiative**

Die Investition in Humankapital ist eine Voraussetzung für neue Kreativität und die Weiterentwicklung geistiger Potenziale. Die starke kulturelle und politische Ausrichtung auf den angelsächsischen Kulturkreis in Polen ist in den Zeiten der Globalisierung nur natürlich. Ihr kann und soll auch nicht entgegengewirkt werden. Gleichzeitig darf Deutschland aber die Übermittlung seiner eigenen Sprache und Kultur nicht vernachlässigen. In Polen besteht nach wie vor ein großes potenzielles Interesse an Deutschland. Der Koordinator für die deutsch-polnische Beziehungen muss daher

- eine „Stipendien-Initiative Polen“ ins Leben rufen, die sich, ähnlich wie die verschiedene Lehrstellen-Initiativen, vor allem an Stiftungen und Privatunternehmen wendet.
- Dafür werben, dass auch nicht-deutschsprachigen Führungskräften aus Polen die Chance zu einem Aufenthalt in Deutschland ermöglicht wird. Das starre Beharren auf der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Übermittlung deutscher kultureller Inhalte hat sich nämlich - zumindest zum Teil - als kontraproduktiv erwiesen. So werden bestimmte Kreise vom Kontakt mit Deutschland per se ausgeschlossen. Es muss daher die Möglichkeit geben, deutsche Inhalte auch in englischer Sprache zu kommunizieren.

➤ **Vernetzung der Zivilgesellschaft entlang der Grenze**

Während eine Reihe von noch abzuschließenden Infrastrukturprojekten die grenzübergreifende Zusammenarbeit in den nächsten Jahren verbessern wird, sind in der politischen und gesellschaftlichen Begleitung der Grenzöffnung noch Defizite zu verzeichnen. Diese betreffen vor allem die auf der deutschen Seite vorhandenen Ängste gegenüber der EU-Osterweiterung. Um diesen entgegenzuwirken, sollten

- die Bundesländer Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sich das erfolgreiche „Modell Brandenburg“ zum Beispiel nehmen, nach dem der Ministerpräsidenten einen „Beauftragten für die Zusammenarbeit mit Polen“ er-

nennt. Ähnlich wie im Modell Brandenburg müsste dieser repräsentative und koordinierende Funktionen wahrnehmen sowie neue Themen auf der politischen Tagesordnung platzieren.

- die Einrichtung zum Erlernen der polnischen Sprache in den grenznahen Orten erheblich ausgeweitet werden. Dem mangelnden Interesse in der Bevölkerung muss hierbei durch politische Entscheidungsträger – auch auf lokaler Ebene - entgegengewirkt werden. Es muss mit allem Nachdruck vermittelt werden, dass es sich beim Erlernen der polnischen Sprache nicht nur um eine kulturelle Notwendigkeit, sondern auch um einen wirtschaftlichen Standortvorteil handelt. Dies ist vor allem für mittelständische Unternehmen, Handwerker und Dienstleister der Fall.
- verstärkt Lehrernetzwerke geknüpft werden. Es wird nicht gelingen, sprachlich und kulturell in die junge Generation hineinzuwirken, wenn die Lehrerschaft sich der „Thematik Polen“ nicht annimmt – und zwar anders als in der bisher fast ausschließlichen, vergangenheits- und opferbezogenen Form. Die staatlichen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Bildungszentren wie auch die Kultusministerien müssen die Lehrerschaft in den grenznahen Regionen daher besonders vorbereiten.

➤ **Wirtschaftliche Vorbereitung der grenznahen Regionen**

Obwohl neueste Studien den möglichen Migrationsdruck aus Polen im Zuge der EU-Osterweiterung als eher unbedeutend einschätzen, sehen sie für die grenznahen Regionen wirtschaftlichen Anpassungsdruck voraus. Dies betrifft besonders den Dienstleistungssektor. Gemeinsam mit den regionalen IHKs und den Handwerksinnungen muss deshalb schon jetzt eine Strategie entwickelt werden, die die grenznahen Regionen auf den polnischen EU-Beitritt vorbereitet. Es wäre zu spät, hierauf erst kurz vor dem Beitritt einzugehen. Diversifizierung, Erlernung neuer sprachlicher Fähigkeiten oder Kooperation mit einem polnischen Partnerunternehmen brauchen Zeit. Nicht die Abschottung von Polen aber verspricht langfristigen wirtschaftlichen Erfolg, sondern die strategische Vorbereitung auf veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

➤ **Zukunftsbranchen vernetzen**

Im wirtschaftlichen Dialog zwischen Deutschland und Polen liegt die Betonung noch immer zum einen beim Thema „polnische Landwirtschaft“ und zum anderen bei den Absatzchancen für deutsche Maschinen und andere Kapitalgüter. Die Entwicklung der new economy ist noch nicht ergründet. Da Polen aber über ein großes Potential an gut ausgebildeten jungen Informatikern verfügt, wird die new economy Revolution nicht lange auf sich warten lassen. Die „greencard“-Initiative der Regierung Schröder berührt hierbei – fast als Nebeneffekt - einen wichtigen Punkt zwischen Deutschland und Polen, nämlich wie die Leitlinien des Europäischen Rates von Lissabon auch in Polen umgesetzt werden können und welche Chancen dies für die beiden Länder birgt.

Wir schlagen deswegen vor:

- dass das Thema new economy in den Regierungskonsultationen eingehend besprochen wird,
- dass die beiden Regierungen verbindliche Leitlinien zur Förderung der new economy festlegen,
- dass die Bundesregierung zusammen mit DIHT und BDI einen deutsch-polnischen Gesprächskreis ins Leben ruft, der sich detailliert und regelmäßig mit dem Thema befasst und Bericht erstattet.

5. Vom Vertrauenskapital zum Zukunftskapital

Deutschland war der Pate der polnischen Annäherung an NATO und Europäische Union. Es wäre fatal, wenn es sich mit seinem östlichen Partner gerade während der Vorbereitung zu dessen EU-Beitritt auseinander dividieren ließe.

Deshalb müssen von der Bundesregierung neue Impulse für die strategische Partnerschaft mit Polen ausgehen. Nach dem Deutschland gegenüber Polen seit der Wende 1989/90 eine kritische Masse an Vertrauenskapital aufgebaut hat, müssen diese Impulse nun zukunftsgerichtet sein. Sie müssen Polen als Partner für die Zukunftsgestaltung erkennen.

Welchen Weg der EU-Mitgliedschaft Polen einschlägt, ist noch nicht entschieden, denn noch halten sich in Polen die skeptischen EU-Befürwortern mit den konstruktiven EU-Befürwortern die Waage. Ob Polen aber seine EU-Mitgliedschaft zu Gunsten seiner Menschen voll nutzen wird, gerade auch struktur- und wirtschaftspolitisch, hängt vor allem von der emotionalen Haltung ab, die in Politik und Gesellschaft gegenüber der europäischen Integration dominieren. Und da diese emotionale Haltung in Polen sehr stark vom Verhältnis zu Deutschland mitbestimmt wird, steht Deutschland in der Verantwortung.

Diese Verantwortung liegt im aufgeklärten deutschen Interesse. Denn ein Polen, das den „irischen Weg“ der EU-Mitgliedschaft einschlägt, das also wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mit europapolitischem Profil und gesundem Selbstvertrauen verbindet, kann Deutschland bei der Bewältigung seiner Zukunftsaufgaben nur gelegen sein. Im beiderseitigen Interesse die Zusammenarbeit zu fördern ist also die Herausforderung an die strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung dies endlich erkennt und in die Tat umsetzt.

Zusammenfassung

Die deutsch-polnischen Beziehungen haben sich in den letzten zwei Jahren deutlich verschlechtert. Sie brauchen dringend einen neuen Impuls. Das unsensible Auftreten deutscher Politiker und die Anpassungsschwierigkeiten in Vorbereitung auf den EU-Beitritt, sowie eine Reihe vergangenheitsbezogener bilateraler Probleme, die keinesfalls nur von deutscher Seite zu verantworten sind, haben in Polen zu Enttäuschung und Ungeduld geführt. In Deutschland wiederum scheint man sich der Tragweite der EU-Osterweiterung erst jetzt bewusst zu werden, wobei allzu oft mehr über Bedenken als über Vorteile gesprochen wird. In dieser Atmosphäre verstellen die Schwierigkeiten der Tagespolitik den Blick auf die strategische Bedeutung der deutsch-polnischen Partnerschaft, die im ureigensten Interesse beider Länder liegt. Eine gemeinsame Zukunftsvision für das neue Jahrzehnt gibt es auf politischer Ebene nicht.

Die gegenwärtige deutsche Politik muss ihre Ideenlosigkeit gegenüber Polen zugunsten einer ambitionierten Zukunftsstrategie überwinden. Dies ist zuallererst eine Frage des politischen Willens. Deutschland und Polen können die Chancen der EU-Osterweiterung nur voll nutzen, wenn sie es verstehen, die Zukunftsaufgaben in Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam anzugehen. Dazu muss der deutsch-polnische Dialog mutig und mit Fantasie erweitert und erneuert werden. Es müssen für die neuen Themen zwischen Deutschland und Polen neue Köpfe gewonnen und neue Formen der Zusammenarbeit erschlossen werden.

Die Bundesregierung steht hier in einer besonderen Pflicht. Sie darf im deutsch-polnischen Verhältnis die beiderseitigen, langfristigen Interessen nicht aus den Augen verlieren. Wir fordern sie deshalb auf, die Partnerschaft unserer Länder politisch zu festigen und gesellschaftlich abzusichern. Hierfür muss sie eine innovative Strategie mit klar festgelegten Zielen entwickeln und im

Bundeskanzleramt einen Koordinator für die deutsch-polnische Partnerschaft benennen. Der Koordinator muss in einem straffen Zeitrahmen Leitziele entwickeln. Zur Überprüfung der Fortschritte muss er der Bundesregierung einen jährlichen Bericht vorlegen.

Deutschland kann das Vertrauenskapital nutzen, das es in den Jahren 1991-1998 gegenüber Polen aufgebaut hat. Dieses Vertrauenskapital schwindet aber, wenn es nicht durch zukunftsgerichtete Projekte untermauert wird. Deutschland muss in Zukunftspotenziale investieren und gemeinsam mit Polen die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Nach der Entfremdung der letzten zwei Jahre ist der Handlungsbedarf groß. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren.

1. Die wachsende Entfremdung

Noch vor ein paar Jahren scherzten deutsche und polnische Politiker öffentlich darüber, dass man keine Gesprächsthemen habe, weil das deutsch-polnische Verhältnis so gut sei. Aus verschiedenen Gründen hat sich das Verhältnis seit dem Frühjahr 1998 jedoch merklich abgekühlt. Die Gründe für die Entfremdung sind vielfältig, können aber auf eine strukturelle Asymmetrie in den deutsch-polnischen Beziehungen zurückgeführt werden: In Polen existiert nach wie vor ein auf historischen Erfahrungen beruhendes latentes Misstrauen gegenüber Deutschland, in Deutschland ein oft auf Unwissen beruhender Mangel an Interesse gegenüber Polen. Das mangelnde polnische Vertrauen und das mangelnde deutsche Interesse verstärken sich gegenseitig.

Die Debatte über Deutschland und Europa spielt in der polnischen Innenpolitik auch deshalb eine besondere Rolle, weil sie immer wieder zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen wird. Die parteipolitische Instrumentalisierung der Beziehungen ist für alle diejenigen schwer zu akzeptieren, die sich für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen einsetzen. Gleichzeitig muss man sich in Deutschland aber bewusst sein, dass die in Polen oft übertrieben artikulierten Ängste historische Wurzeln haben, die nicht übertrieben sind, weil sie auf Jahrhunderte deutscher imperialer Politik, auf Krieg und Besatzung zurückgehen.

In der jüngsten polnischen Enttäuschung über das Verhältnis zu Deutschland kann also zwischen historischen Ursachen und eher aktuellen Anlässen unterschieden werden. Vor allem die folgenden Anlässe führten zur Entfremdung in Polen:

- Die Bundestagsresolution vom 28. Mai 1998, in der der Deutsche Bundestag seine Hoffnung zum Ausdruck brachte, dass die EU-Osterweiterung „die Lösung noch offener, bilateraler Fragen“ zwischen Deutschland und Polen erleichtern werde. Dies wurde in Polen durch den Kontext der

Veröffentlichung als Aufforderung nach Rückgabe oder Entschädigung von früherem Eigentum der deutschen Vertriebenen aufgefasst. Vor allem aber wurde es in Polen als illegitimes Junktim gewertet, welches das zentrale Ziel der polnischen Außenpolitik angriff. Der polnische Sejm erwiderte in einer Gegenresolution, dass er eine Infragestellung „der territorialen Ordnung in Ostmitteleuropa“ nicht dulden würde. Jener Kontext der Bundestagsresolution bestand auch in einer Reihe von Presseinterviews der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, die mit ungewöhnlicher rhetorischer Schärfe eine moralische Wiedergutmachung für die Vertriebenen forderte und von der Bundesregierung verlangte, ihre Unterstützung für den polnischen EU-Beitritt von dieser Wiedergutmachung abhängig zu machen.

- Unsensible Äußerungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder in den ersten Monaten nach der Bundestagswahl 1998, die in Polen als skeptisch gegenüber der EU-Osterweiterung aufgefasst wurden – in diesem Zusammenhang konstatierte einer der führenden Deutschlandkenner Polens: „Deutschland wendet sich von Polen ab“.
- Der Streit um die Zukunft der nach dem Krieg auf polnischen Boden verbliebenen Kulturgüter, der von vereinzelt deutschen Politikern sogar mit der Frage des polnischen EU-Beitritts verknüpft wurde.
- Die Verhandlungen über die Entschädigungen der ehemaligen Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Deutschlands, in denen sich Polen gegenüber den westlichen Naziopfern schlechter behandelt und durch Deutschland, wie auch durch die USA, benachteiligt fühlte.

Experten sind sich mittlerweile darin einig, dass das deutsch-polnische Tandem ins Straucheln gekommen ist. Dies ist vor allem eine Konsequenz aus der angeführten Anhäufung von Schwierigkeiten im bilateralen Verhältnis. Hierbei liegt die Verantwortung durchaus nicht immer auf deutscher Seite. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die Konzeptionslosigkeit der Regierung Schröder gegenüber Polen immer deutlicher zu Tage tritt. Dies wurde während des Regierungstreffens in Gnesen Ende April 2000 besonders deutlich: Nur zwei

deutsche Kabinettsmitglieder kamen mit dem Bundeskanzler; die Millenniumsfeier zur Erinnerung an das Treffen Ottos III. und Boleslaw des Tapferen gingen an vielen Polen und den meisten Deutschen vollkommen vorbei. Statt Zukunftskapital aufzubauen und konkrete Schritte der Zusammenarbeit zu forcieren, verstiegen sich die beiden Regierungen in eine rein rituelle Feier, von der keinerlei Impulse für die deutsch-polnischen Beziehungen ausgingen: Das ist symptomatisch für den Zustand der Beziehungen.

So konstatierte die der Bundesregierung gewiss nicht ferne Berliner „*tageszeitung*“ kürzlich: „Bis 1998 hatte Kanzler Kohl in historischer Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg die Rolle des ‚Anwalts Polens‘ bei NATO und EU übernommen, und Polen nahm diese Unterstützung nach anfänglichem Zögern an. Heute jedoch steht das Land sprachlos vor der neuen ‚Realpolitik‘ Gerhard Schröders, der Kohls Erbe nicht antreten will.“

Zu beachten ist hierbei die Verknüpfung, die in Polen zwischen der Debatte über Deutschland und der Debatte über den polnischen EU-Beitritt stattfindet. Denn die Öffnung gegenüber der EU ist in Polen zuallererst eine Öffnung gegenüber Deutschland – wirtschaftlich, politisch, und eben auch psychologisch. Knistert es im deutsch-polnischen Verhältnis, wächst auch das Misstrauen gegen die EU. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf, wenn die deutsch-polnischen Beziehungen sich nicht – zu beiderseitigem Schaden - weiter verschlechtern sollen.

Die Einsicht, dass dieser Handlungsbedarf besteht, ist für Deutschland hierbei der erste Schritt zur Besserung der Situation. Die weiteren Schritte sind das Bewusstsein über das bisher Erreichte, wie auch über den Bedarf an neuen Inhalten und Formen der Zusammenarbeit, die über das deutsch-polnische Standardrepertoire der letzten zehn Jahre hinausgehen. Weiter müssen die deutschen Interessen an der Partnerschaft mit Polen klar definiert und artikuliert werden, weil dies beim Formulieren außenpolitischer Ziele hilft und im Partnerland Polen Vertrauen schafft. Schließlich bedarf es eines umfassenden

Aktionsplanes für die deutsch-polnische Partnerschaft, der in einem ehrgeizigen Zeitrahmen klar definierte und vor allem auch überprüfbare Ziele setzt.

2. Das bisher Erreichte bewahren

Das Jahrzehnt nach der Wende von 1989/90 war für die deutsch-polnische Partnerschaft eine Zeit historischer Weichenstellungen. Die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze im Dezember 1990, der Nachbarschaftsvertrag vom Juni 1991 und die auf politischer Ebene eingeleitete Aussöhnung schafften für Deutschland dringend notwendiges Vertrauenskapital und veränderten das psychologische Klima, das in Polen gegenüber Deutschland herrscht. (Erinnert sei hier besonders an die Rede von Bundespräsident Roman Herzog zum 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes am 1. August 1994). In diesem neuen Klima konnten sich unzählige Kontakte zwischen den beiden Gesellschaften entfalten, wie die rapide gestiegene Zahl der Städte- und Schulpartnerschaften und die Zahl der Teilnehmer an Jugendaustauschprogrammen belegt. Auch in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung in Polen setzte sich langsam ein Bild von Deutschland durch, das in erster Linie von Gegenwart und Zukunft geprägt ist.

Besonders positiv für Deutschland aber schlug sich – gerade auf politischer Ebene – die couragierte Art und Weise nieder, in der die Regierung Kohl die Osterweiterung von EU und NATO vertrat. Deutschland war das westliche Nachbarland, das Polen in seinem zentralen außenpolitischen Anliegen am wirkungsvollsten unterstützte. Dass die Westintegration Polens vor allem auch im deutschen Interesse lag, war hierbei offensichtlich: Denn nur durch ein stabiles, prosperierendes Polen können Stabilität und Wohlstand auch in Deutschland langfristig gesichert werden.

Politiker wie Helmut Kohl, Rita Süssmuth, Friedbert Pflüger und Volker Rühle unterstrichen immer wieder die historisch-moralische Verantwortung Deutschlands gegenüber Polen, ebenso wie die Dankbarkeit, zu der Deutschland

Polen im Zusammenhang mit der von der Solidarnosc eingeleiteten Wende in Europa verpflichtet ist. Die großen Leistungen dieser Politiker haben ein bleibendes Fundament für die deutsch-polnische Partnerschaft aufgebaut.

Gleichzeitig aber reicht dieses Fundament für die Gestaltung der gemeinsamen Zukunft nicht aus. Es wäre fatal, in den deutsch-polnischen Beziehung eine „Normalität“ anzunehmen, die zwischen diesen beiden Völkern so bald nicht existieren kann. Die guten Beziehungen zu Polen sind kein Selbstläufer, der wie auf Schienen einer glücklichen Zukunft entgegenläuft. Um die guten deutsch-polnischen Beziehungen langfristig zu sichern, müssen sie als Daueraufgabe begriffen werden, die der ständigen Pflege und Aufmerksamkeit bedürfen. Dazu gehört aber auch, das deutsche Interesse an ihnen in Deutschland selbst ständig zu betonen.

3. Das deutsche Interesse an der strategischen Partnerschaft mit Polen

Die guten Beziehungen zu Polen liegen im deutschen Interesse, weil sie langfristig wirtschaftlichen Wohlstand, Sicherheit und Stabilität auch für Deutschland sichern. Dieses essenzielle Interesse an der strategischen Partnerschaft mit Polen gegenüber der Bevölkerung zu artikulieren ist vor allem dann Aufgabe der Politik, wenn wichtige Aspekte dieser Partnerschaft wie der polnische EU-Beitritt bei vielen Ängste und Widerstände hervorrufen, die das deutsch-polnische Verhältnis auf die Probe stellen.

Es gibt in der öffentlichen Debatte in Deutschland ein Missverhältnis zwischen den Befürchtungen bestimmter Bevölkerungsgruppen, die sich auf die Sorge vor Einkommensverlusten oder anderen konkreten Nachteilen stützen, und der politischen Argumentation der Befürworter der EU-Erweiterung, die sich oft auf historische, politische und moralische Überlegungen berufen. Um diesem Missverhältnis entgegenzutreten, sollten

- die vorhandenen Ängste klar angesprochen werden. Dies erfordert den Abbau unbegründeter Ängste ebenso wie die Identifizierung berechtigter Sorgen (und die Erarbeitung konstruktiver Lösungen).
- die zu erwartenden Gewinne und Vorteile der EU-Osterweiterung gerade für Deutschland genannt werden.
- deutsche Politiker der Bevölkerung vermitteln, dass die kurzfristigen Anpassungskosten den Blick auf den mittel- und langfristigen Nutzen des gemeinsamen Projektes nicht verstellen dürfen.

Auch gegenüber Polen müssen die beiderseitigen Interessen an der Osterweiterung immer wieder aufgeführt werden, gerade in wirtschaftlicher Sicht. Denn in Polen macht sich besonders wegen der steigenden Direktinvestitionen deutscher Firmen die Angst vor einem „Ausverkauf“ polnischer Unternehmen breit. Weiterhin nährt das große polnische Außenhandelsdefizit, das gegenüber Deutschland besonders ausgeprägt ist, die Sorge, dass Deutschland vom Handel mit Polen überproportional profitiert. Daher müssen deutsche Politiker betonen, dass es sich bei der EU-Osterweiterung um ein gemeinsames Projekt handelt, von dem beide Seiten profitieren. Es gibt zwischen Deutschland und Polen kein Nullsummenspiel. Das bedeutet dass beide Länder den größten Nutzen aus der Osterweiterung ziehen, obwohl sie gleichzeitig auch die größten Schwierigkeiten zu bewältigen haben. Am Ende der wirtschaftlichen Integration Polens in die EU stehen mehr Sicherheit, Wohlstand und Lebensqualität für die Menschen in Deutschland und Polen.

Die strategische Partnerschaft mit Polen ist für Deutschland aus folgenden Gründen besonders wichtig:

Politische Interessen

- Mit dem Partner Polen privilegierte bilaterale Beziehungen auszubauen heißt, die Steuerung multilateraler Foren wie EU und NATO zu verbessern (wie mit Frankreich im Westen). Dies betrifft vor allem die gemeinsame Entwicklung europa- und sicherheitspolitischer Konzeptionen.
- Polen kann als Stabilitätsanker in Mitteleuropa wirken; mit dem NATO-Partner Polen sollte die westliche Politik gegenüber Russland, Belarus und der Ukraine weiterentwickelt werden.
- Im Bereich Innere Sicherheit ist die Zusammenarbeit mit Polen für Deutschland von besonderer Bedeutung. Nur in enger Abstimmung können die mit der Öffnung der Grenze einhergehenden Gefahren der illegalen Einwanderung und des organisierten Verbrechens wirksam bekämpft werden.

Wirtschaftliche Interessen

- Absatzmarkt Polen: Beim Wirtschaftswachstum ist Polen Spitzenreiter in der Region. Für 2000 werden 5% Wachstum vorausgesagt, für 2001 ist eine Steigerung auf 6% möglich. Der deutsche Handel mit Polen ist seit 1995 um 70% gestiegen, der deutsche Export nach Polen hat sich im gleichen Zeitraum fast verdoppelt. Polen ist der größte Handelspartner Deutschlands in der Region und ist auf Platz 10 im weltweiten deutschen Export gerückt.¹ Was in Deutschland bisher kaum bekannt ist: Polen hat gegenüber der EU auch auf landwirtschaftlichem Gebiet ein Handelsbilanzdefizit: seit 1993 um durchschnittlich ca. 400 mio Euro, und das trotz einiger in den letzten Jahren wieder erhobener Importzölle.²

1 Europa 2000 plus, DIHT-Positionspapier zur Regierungskonferenz 2000 und zur Erweiterung der Europäischen Union, April 2000, S. 29.

2 Europäische Kommission, DG VI: Agricultural Situation and Prospects in the Central European Countries, Summary Report, Brüssel 1998, S. 18.

- Wohlstandsgewinne: Polen hat 1998 als eines der ersten Länder Ostmitteleuropas sein BIP-pro-Kopf -Einkommen von 1989 wieder erreicht. Nicht zuletzt wegen seiner Größe zieht es die meisten ausländischen Direktinvestitionen in der Region an. Durch den EU-Beitritt kann es sein BIP um weitere 5-7% erhöhen. Gleichzeitig hat auch Deutschland die Möglichkeit, durch höhere Investitionen und intensiveren Wettbewerb im Zuge der EU-Osterweiterung sein BIP auf bis zu 1% zu steigern.³
- Umverteilung: Die Angst vor untragbaren Kosten der Osterweiterung ist nicht begründet. Der Wohlfahrtsgewinn in der EU wird die Finanztransfers nach Polen und in andere Beitrittskandidaten übertreffen. Die Modernisierung der Infrastruktur in Polen (Verkehrssysteme, Telekommunikation) ist eine wichtige Voraussetzung für das weitere dynamische Wachstum der polnischen Wirtschaft und des deutsch-polnischen Handels. Die Strukturfonds und Hilfen für die Landwirtschaft sind ein wichtiges Instrument für eine Beschäftigungspolitik, die in denjenigen polnischen Regionen Arbeitsplätze schafft, wo sie am meisten nötig sind (und daher den Migrationsdruck verringert). Die Kosten der Teilnahme Polens an der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sind auch bisher weit überschätzt worden: Weniger als die Hälfte der auf 27 % der Gesamtbevölkerung Polens geschätzten „Landwirte“ beziehen ihr Einkommen ganz oder überwiegend aus landwirtschaftlicher Tätigkeit, nämlich 11,3 %. Nach aktuellen polnischen Berechnungen würden die Kosten einer Ausweitung der GAP auf Polen 3 bis 3,5 Milliarden Euro betragen.
- Arbeitsplätze: In Deutschland hängen mittlerweile nach Schätzungen mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze maßgeblich vom Handel mit Polen ab. Gleichzeitig sind durch die deutschen Direktinvestitionen in Polen Arbeitsplätze entstanden. Die Anfang der 90er Jahre befürchtete Abwanderung von Arbeitsplätzen ist nicht eingetreten, denn die Auslagerung bestimmter Arbeitsvorgänge im verarbeitenden Gewerbe sichert langfristig

3 Wolfgang Quaisser/Monika Hartmann/Elmar Hönekopp/Michael Brandmeier, Die Osterweiterung der Europäischen Union: Konsequenzen für Wohlstand und Beschäftigung in Europa, Friedrich-Ebert-Stiftung 2000, <http://www.fes.de>

die Wettbewerbsfähigkeit der Mutterunternehmen in Deutschland. Darüber hinaus verfügt Deutschland durch seinen starken Export über einen Nettogewinn an Arbeitsplätzen, der sich für alle 12 Beitrittsstaaten auf schätzungsweise 66.000 beläuft.

- Migration von Arbeitskräften: Wirtschaftswissenschaftler sind sich mittlerweile darin einig, dass die Migration von Arbeitskräften von Polen nach Deutschland im Zuge der Osterweiterung allenfalls kurzfristig und nur in bestimmten Branchen, z.B. im Bausektor, sowie in bestimmten Regionen, z.B. im grenznahen Bereich der neuen Bundesländer, anzunehmen ist. Eine breite Welle von polnischen Arbeitskräften ist, vor allem wegen sprachlicher und kultureller Barrieren, und wegen der gegenüber 1989/90 bereits stark reduzierten Einkommensunterschiede unwahrscheinlich. Das pauschale Hantieren seitens einiger deutscher Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre mit Zahlen von etwa 680.000 Arbeitnehmern jährlich aus den Beitrittsländern ist daher vollkommen unverantwortlich. Außerdem verhindern Zuzugsbegrenzungen nicht ohne Weiteres Arbeitslosigkeit: Anhand der Entwicklung in den Neunziger Jahren kann nachgewiesen werden, dass die Restriktionen der Arbeitsämter gegen legale Arbeitskräfte aus den Beitrittsländern, z.B. im Bausektor Berlin-Brandenburg, keineswegs zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit führten.⁴ Das Problem scheint eher die illegale Beschäftigung zu sein, die viel mehr mit den Lohn- und Lohnnebenkosten, also der Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes, zu tun hat, nicht mit der Frage der Zuwanderung.
- new economy: Sowohl Deutschland als auch Polen befinden sich im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Dieser Umbruch vollzieht sich in Polen noch schneller als in Deutschland. Er bietet Millionen von Menschen die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu erweitern, neue Berufe zu erlernen und neue Unternehmen zu gründen. Der Übergang zur Wissensgesellschaft wird neue Potenziale freisetzen – innerhalb

4 Information des Arbeitsamtes Berlin Brandenburg vom 3.3.1999.

der Gesellschaften, wie auch zwischen Deutschland und Polen. Diese neuen Potenziale werden gegenwärtig noch nicht einmal ansatzweise öffentlich diskutiert, denn die bisher veröffentlichten Studien über die wirtschaftlichen Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Deutschland und Polen haben sich vor allem auf den Agrarsektor und die industrielle Produktion konzentriert. Doch gerade im Dienstleistungssektor und in der new economy bestehen neue Möglichkeiten. Schon zum Termin des polnischen EU-Beitritts werden die Chancen der new economy die wirtschaftliche Dynamik zwischen den beiden Ländern beeinflussen. Diese Chancen müssen jetzt schon erkannt und ergriffen werden.

4. Die strategische Partnerschaft für die Zukunft

Nicht Größe eines Landes und die Zahl seiner Bevölkerung entscheiden heute über seine Fähigkeit, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Viel wichtiger sind Kreativität und Anpassungsfähigkeit. Deutschland und Polen müssen daher im beiderseitigen Interesse Kreativität freisetzen und ihre geistigen Potenziale nutzen. Sie müssen in ihren Beziehungen eine zukunftsgerichtete Motivation aufbauen, die die entscheidenden gesellschaftlichen Akteure miteinander vernetzt und dadurch die beiden Gesellschaften auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Genauso wie die Vergangenheit Deutschland und Polen oft getrennt hat, muss die Zukunft sie verbinden.

Politische Prioritäten

Der britische Politikwissenschaftler William E. Paterson hat für die besonderen Beziehungen Deutschlands zu bestimmten westeuropäischen Partnerländern (Frankreich, Niederlande) die folgenden drei Prinzipien identifiziert.

1. Die Partnerschaft wird von beiden Ländern als absoluter Wert anerkannt.
2. Unstimmigkeiten sind selbstverständlicher Teil jeder Partnerschaft, können aber durch intensive Kommunikation und einen sorgsamem Interessenausgleich im Sinne der Partnerschaft gelöst werden.
3. Die Partner nehmen sich gemeinsame Projekte vor, die im beiderseitigen Interesse liegen und die Partnerschaft gleichzeitig verstärken.

Die Übertragung dieser Prinzipien auf Polen ist eine wichtige politische Notwendigkeit. Denn wenn die Herausbildung fester, übergeordneter Bezugspunkte in den deutsch-polnischen Beziehungen nicht gelingt, wird sich der Dissens in sektoralen und spezifischen Fragen immer wieder negativ auf die Beziehungen auswirken. Wenn der grundsätzliche Wille zur Interessengemeinschaft fehlt, werden sich die Partner schnell auseinanderdividieren lassen.

Vernetzung der Zivilgesellschaft: Ein Aktionsplan

Um die deutsch-polnische Partnerschaft grundlegend zu erneuern und auf die Zukunft vorzubereiten reichen politische Initiativen nicht aus. Die politische Partnerschaft muss vor allem gesellschaftlich abgesichert werden. Wir brauchen für die kommenden Jahre daher einen Aktionsplan, der folgende Kriterien erfüllt:

1. Strategische Ziele festlegen

Nach einer Analyse der gegenwärtigen Defizite und zukünftigen Chancen der deutsch-polnischen Beziehungen müssen neue strategische Ziele festgelegt werden. Dies betrifft besonders die inhaltliche Ausgestaltung, die bevorzugten Zielgruppen und die Formen des Dialogs.

2. Reformdruck erhöhen

Innerhalb dieser Prioritäten müssen Ziele genannt werden, die schon kurz- und mittelfristig realisierbar sind. Dies erhöht den Druck auf die beteiligten

Akteure und wird zu einer neuen Dynamik in den deutsch-polnischen Beziehungen führen.

3. Dezentral umsetzen

Statt zentraler (staatlicher) Umsetzung sollte der Aktionsplan sich an die verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen wenden und ihre Mitarbeit fördern. Statt staatlicher Finanzierung müssen auch Stiftungen und Privatunternehmen zur Finanzierung gewonnen werden. Diese offene und subsidiäre Umsetzung kann als Methode effektiv sein; sie hilft aber auch beim Erschließen neuer Zielgruppen und neuer Formen des Dialogs.

4. Koordinator benennen

Um die neue dezentrale Umsetzung wirksam zu leiten, sollte die Bundesregierung einen Koordinator für die deutsch-polnische Partnerschaft benennen. Der Koordinator muss im Bundeskanzleramt tätig sein, weil er nur durch dessen Querschnittfunktion entlang den verschiedenen Ressorts seine Funktion wahrnehmen kann. Er muss:

- die Formulierung der strategischen Ziele für die deutsch-polnische Partnerschaft einleiten;
- den gesellschaftlichen und politischen Akteuren Leistungsziele vorgeben;
- die Umsetzung der strategischen Ziele effektiv überwachen.

Besondere Aufgabe des Koordinators muss die Vorlage eines jährlichen Fortschrittsberichtes an die Bundesregierung sein, in dem die Fortschritte beim Erreichen der strategischen Ziele und die Konsequenzen für weitere Handlungsfelder aufgezeigt werden.

Die Handlungsfelder: 10 Vorschläge

➤ **europapolitische Gemeinsamkeiten erarbeiten**

Obwohl Polen schon in wenigen Jahren EU-Mitglied sein wird, hat im deutsch-polnischen Verhältnis noch keine Aussprache über die zukünftige Gestalt der EU und die Finalität der europäischen Integration stattgefunden. Gerade bei der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der institutionellen Weiterentwicklung der EU besteht Gesprächsbedarf. Deutschland kann seine integrationspolitischen Ziele ohne Partner nicht erreichen (traditionell Frankreich) und muss daher im Zuge der Osterweiterung an seinen europapolitischen Gemeinsamkeiten mit Polen arbeiten.

Wir empfehlen einen halbjährlichen Gesprächskreis der Politiker und Experten aus beiden Ländern, veranstaltet durch einen unabhängigen *think tank*. Die politischen Stiftungen können – für die ihnen nahestehenden Parteien und deren polnische Partner – Ähnliches tun.

➤ **Wirtschaftspolitisches bench-marking**

Während die Deutschen noch zu Beginn der 90er Jahre die Soziale Marktwirtschaft in Polen als ein Modell verkauften, das man ohne weiteres aus Deutschland übernehmen könne, haben sich die Zeiten nun geändert. Zum einen ist in Deutschland selbst eine Debatte darüber entbrannt, was die Soziale Marktwirtschaft in den Zeiten der Globalisierung eigentlich ist. Zum anderen haben die wirtschaftlichen Erfolge Polens mit einem eigenen, marktliberalen Modell die relativen Schwierigkeiten bei der wirtschaftlichen Transformation der neuen Bundesländer deutlich zu Tage treten lassen.

Gerade wirtschaftspolitische Themen versprechen im deutsch-polnischen Kontext besonders fruchtbar zu sein. Dies betrifft vor allem die Reform der sozialen Sicherungssysteme, bei dem in Polen in den letzten Jahren mutige Schritte eingeleitet wurden, während in Deutschland der politische Wille zur Reform fehlte. Hier können die beiden Länder voneinander lernen. Wir

empfehlen einen Gesprächskreis von Wirtschaftspolitikern, -wissenschaftlern und -journalisten, koordiniert von einem wirtschaftswissenschaftlichem Institut wie dem ifo-Institut München oder dem Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW).

➤ **Priorität Innere Sicherheit**

Ebenso wie Polen in den letzten Jahren das frühere Schimpfwort von der „polnischen Wirtschaft“ durch eigene Leistungen in sein Gegenteil verkehrt hat, muss es in den nächsten Jahren alles tun, um dem Stereotyp der aus Polen stammenden Kriminalität den Boden zu entziehen. Auch von deutscher Seite muss der Dialog zum Thema Innere Sicherheit allein schon deshalb verstärkt werden, weil er im öffentlichen Bewusstsein eng mit der EU-Osterweiterung verknüpft ist. Deutsche Politiker wären hierbei allerdings gut beraten, das Thema Innere Sicherheit nicht nur auf die Kontrolle der polnischen Ostgrenze zu versteifen. Entscheidend sind vor allem die Weiterbildung und materielle Ausstattung der polnischen Polizei landesweit.

Wir empfehlen einen Gesprächskreis zwischen Politikern, Journalisten und Experten, der bei den jeweiligen Innenministerien zentriert werden könnte.

➤ **Gemeinsame Ausschusssitzungen**

Traditionelle Instrumente der parlamentarischen Zusammenarbeit wie die deutsch-polnischen Parlamentariergruppe haben sich nicht bewährt. Die Gruppe ist zu groß und zu wenig flexibel, als dass sie enge persönliche Kontakte ermöglichen würde. Während der Resolutionenkrise im Frühsommer 1998 gelang es ihr nicht, Missverständnisse zu vermeiden.

Zur politischen Verständigung und Vernetzung empfehlen wir deshalb gemischte Ausschusssitzungen zwischen Sejm und Bundestag. Dies wäre gerade in den Bereichen Europa, Wirtschaft und Innere Sicherheit besonders wertvoll.

➤ **Elitevernetzung**

Auch wenn die Einrichtung eines echten Pendant zur renommierten deutsch-britischen Königswinter-Konferenz ein allzu ambitioniertes Ziel wäre, sind bei der Elitevernetzung zwischen den beiden Ländern deutliche Fortschritte nötig. Die nahezu vollkommene Ausrichtung der jungen Warschauer Elite auf Großbritannien und die Vereinigten Staaten ist hierbei nur eine Sorge. Zu lange waren die bilateralen Gesprächsforen von der älteren Generation dominiert, die sich in den 1960er und 1970er Jahren um die Aussöhnung sehr verdient gemacht hat, neue Ideen für das deutsch-polnische Verhältnis aber nicht entwickeln.

Wir schlagen ein kleineres, bescheideneres Pendant zu Königswinter vor, das sich vom Vorbild des deutsch-polnischen Forums löst. Es muss sich an die Generation der 40-jährigen und Jüngeren wenden. Auch wenn die Betreuung durch die jeweiligen Außenministerien hierbei politisch unverzichtbar bleibt, sollten Organisation und Umsetzung abgegeben werden. Ob außenpolitische Forschungsinstitute der ideale Organisator sind, steht hierbei zur Debatte.

➤ **Institut für Deutschlandstudien**

Obwohl das Interesse an Deutschland in Polen groß ist, fehlt es in der polnischen Öffentlichkeit an Stimmen, die sich informiert zu Deutschland äußern. Dies liegt vor allem daran, dass die wissenschaftlichen Experten sich an der öffentlichen Debatte nicht beteiligen.

Auf dem Hintergrund des großen Erfolges des Instituts für Deutschlandstudien in Birmingham/GB schlagen wir ein Pendant in Polen vor: Seine Hauptaufgabe müssten die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die stärkere Verankerung deutschlandpolitischer Expertise in der öffentlichen Debatte Polens sein.

➤ **Stipendien-Initiative**

Die Investition in Humankapital ist eine Voraussetzung für neue Kreativität und die Weiterentwicklung geistiger Potenziale. Die starke kulturelle und politische Ausrichtung auf den angelsächsischen Kulturkreis in Polen ist in den Zeiten der Globalisierung nur natürlich. Ihr kann und soll auch nicht entgegengewirkt werden. Gleichzeitig darf Deutschland aber die Übermittlung seiner eigenen Sprache und Kultur nicht vernachlässigen. In Polen besteht nach wie vor ein großes potenzielles Interesse an Deutschland. Der Koordinator für die deutsch-polnische Beziehungen muss daher

- eine „Stipendien-Initiative Polen“ ins Leben rufen, die sich, ähnlich wie die verschiedene Lehrstellen-Initiativen, vor allem an Stiftungen und Privatunternehmen wendet.
- Dafür werben, dass auch nicht-deutschsprachigen Führungskräften aus Polen die Chance zu einem Aufenthalt in Deutschland ermöglicht wird. Das starre Beharren auf der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Übermittlung deutscher kultureller Inhalte hat sich nämlich – zumindest zum Teil – als kontraproduktiv erwiesen. So werden bestimmte Kreise vom Kontakt mit Deutschland per se ausgeschlossen. Es muss daher die Möglichkeit geben, deutsche Inhalte auch in englischer Sprache zu kommunizieren.

➤ **Vernetzung der Zivilgesellschaft entlang der Grenze**

Während eine Reihe von noch abzuschließenden Infrastrukturprojekten die grenzübergreifende Zusammenarbeit in den nächsten Jahren verbessern wird, sind in der politischen und gesellschaftlichen Begleitung der Grenzöffnung noch Defizite zu verzeichnen. Diese betreffen vor allem die auf der deutschen Seite vorhandenen Ängste gegenüber der EU-Osterweiterung. Um diesen entgegenzuwirken, sollten

- die Bundesländer Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sich das erfolgreiche „Modell Brandenburg“ zum Beispiel nehmen, nach dem der Ministerpräsidenten einen „Beauftragten für die Zusammenarbeit mit Polen“ er-

nennt. Ähnlich wie im Modell Brandenburg müsste dieser repräsentative und koordinierende Funktionen wahrnehmen sowie neue Themen auf der politischen Tagesordnung platzieren.

- die Einrichtung zum Erlernen der polnischen Sprache in den grenznahen Orten erheblich ausgeweitet werden. Dem mangelnden Interesse in der Bevölkerung muss hierbei durch politische Entscheidungsträger – auch auf lokaler Ebene - entgegengewirkt werden. Es muss mit allem Nachdruck vermittelt werden, dass es sich beim Erlernen der polnischen Sprache nicht nur um eine kulturelle Notwendigkeit, sondern auch um einen wirtschaftlichen Standortvorteil handelt. Dies ist vor allem für mittelständische Unternehmen, Handwerker und Dienstleister der Fall.
- verstärkt Lehrernetzwerke geknüpft werden. Es wird nicht gelingen, sprachlich und kulturell in die junge Generation hineinzuwirken, wenn die Lehrerschaft sich der „Thematik Polen“ nicht annimmt – und zwar anders als in der bisher fast ausschließlichen, vergangenheits- und opferbezogenen Form. Die staatlichen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Bildungszentren wie auch die Kultusministerien müssen die Lehrerschaft in den grenznahen Regionen daher besonders vorbereiten.

➤ **Wirtschaftliche Vorbereitung der grenznahen Regionen**

Obwohl neueste Studien den möglichen Migrationsdruck aus Polen im Zuge der EU-Osterweiterung als eher unbedeutend einschätzen, sehen sie für die grenznahen Regionen wirtschaftlichen Anpassungsdruck voraus. Dies betrifft besonders den Dienstleistungssektor. Gemeinsam mit den regionalen IHKs und den Handwerksinnungen muss deshalb schon jetzt eine Strategie entwickelt werden, die die grenznahen Regionen auf den polnischen EU-Beitritt vorbereitet. Es wäre zu spät, hierauf erst kurz vor dem Beitritt einzugehen. Diversifizierung, Erlernung neuer sprachlicher Fähigkeiten oder Kooperation mit einem polnischen Partnerunternehmen brauchen Zeit. Nicht die Abschottung von Polen aber verspricht langfristigen wirtschaftlichen Erfolg, sondern die strategische Vorbereitung auf veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

➤ **Zukunftsbranchen vernetzen**

Im wirtschaftlichen Dialog zwischen Deutschland und Polen liegt die Betonung noch immer zum einen beim Thema „polnische Landwirtschaft“ und zum anderen bei den Absatzchancen für deutsche Maschinen und andere Kapitalgüter. Die Entwicklung der new economy ist noch nicht ergründet. Da Polen aber über ein großes Potential an gut ausgebildeten jungen Informatikern verfügt, wird die new economy Revolution nicht lange auf sich warten lassen. Die „greencard“-Initiative der Regierung Schröder berührt hierbei – fast als Nebeneffekt – einen wichtigen Punkt zwischen Deutschland und Polen, nämlich wie die Leitlinien des Europäischen Rates von Lissabon auch in Polen umgesetzt werden können und welche Chancen dies für die beiden Länder birgt.

Wir schlagen deswegen vor:

- dass das Thema new economy in den Regierungskonsultationen eingehend besprochen wird,
- dass die beiden Regierungen verbindliche Leitlinien zur Förderung der new economy festlegen,
- dass die Bundesregierung zusammen mit DIHT und BDI einen deutsch-polnischen Gesprächskreis ins Leben ruft, der sich detailliert und regelmäßig mit dem Thema befasst und Bericht erstattet.

5. Vom Vertrauenskapital zum Zukunftskapital

Deutschland war der Pate der polnischen Annäherung an NATO und Europäische Union. Es wäre fatal, wenn es sich mit seinem östlichen Partner gerade während der Vorbereitung zu dessen EU-Beitritt auseinander dividieren ließe.

Deshalb müssen von der Bundesregierung neue Impulse für die strategische Partnerschaft mit Polen ausgehen. Nach dem Deutschland gegenüber Polen seit der Wende 1989/90 eine kritische Masse an Vertrauenskapital aufgebaut hat, müssen diese Impulse nun zukunftsgerichtet sein. Sie müssen Polen als Partner für die Zukunftsgestaltung erkennen.

Welchen Weg der EU-Mitgliedschaft Polen einschlägt, ist noch nicht entschieden, denn noch halten sich in Polen die skeptischen EU-Befürwortern mit den konstruktiven EU-Befürwortern die Waage. Ob Polen aber seine EU-Mitgliedschaft zu Gunsten seiner Menschen voll nutzen wird, gerade auch struktur- und wirtschaftspolitisch, hängt vor allem von der emotionalen Haltung ab, die in Politik und Gesellschaft gegenüber der europäischen Integration dominieren. Und da diese emotionale Haltung in Polen sehr stark vom Verhältnis zu Deutschland mitbestimmt wird, steht Deutschland in der Verantwortung.

Diese Verantwortung liegt im aufgeklärten deutschen Interesse. Denn ein Polen, das den „irischen Weg“ der EU-Mitgliedschaft einschlägt, das also wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit mit europapolitischem Profil und gesundem Selbstvertrauen verbindet, kann Deutschland bei der Bewältigung seiner Zukunftsaufgaben nur gelegen sein. Im beiderseitigen Interesse die Zusammenarbeit zu fördern ist also die Herausforderung an die strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesregierung dies endlich erkennt und in die Tat umsetzt.

Die Autoren:

- **Roland Freudenstein** ist Leiter der Außenstelle Warschau der Konrad-Adenauer-Stiftung
- **Dr. Henning Tewes** ist Projektassistent in der Außenstelle Warschau der Konrad-Adenauer-Stiftung